



Körtr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030/698 07 40
Telefax: 030/693 81 66
E-Mail ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Dr. Sabine Farrouh
Susanne Grabenhorst
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Dr. Martin Sonnabend
Reinhold Thiel
Ursula Völker
Dr. Jens Wagner
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councillor
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
Ehrenvorstandsmitglied
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann



An die Fraktionsvorsitzenden
von CDU, SPD, FDP,
Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutschland darf keine Kriegspartei werden Diplomatische Bemühungen für Syrien stärken

Berlin, 11. Dezember 2012

Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,

die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Ärzteorganisation IPPNW lehnt die in der Drucksache 17/11783 beantragte Stationierung von deutschen Patriot-Systemen an der Südgrenze der Türkei und den Einsatz der AWACS-Aufklärer mit den entsprechenden Soldaten ab. Durch eine solche Entscheidung leistet Deutschland einen Beitrag zur weiteren Eskalation. Als möglicher nächster Schritt droht ein verstärkter Eingriff in den syrischen Bürgerkrieg. **Wir fordern die Bundestagsabgeordneten Ihrer Fraktionen auf, sich gegen die Entsendung auszusprechen und statt dessen eine entschiedeneren Unterstützung des UN-Beauftragten Lakhdar Brahimi zu fordern. Noch ist eine diplomatische Lösung des syrischen Bürgerkrieges möglich.**

Bitte setzen Sie sich gemeinsam mit den USA, Russland, der Arabischen Liga und weiteren beteiligten Staaten dafür ein, zum Wohle der Menschen in Syrien die diplomatischen Bemühungen um einen Waffenstillstand im Land zu forcieren. Unterstützen Sie besonders den Einsatz des UN-Beauftragten Lakhdar Brahimi mit aller Kraft. Alle deutschen Waffenexporte in die Region müssen gestoppt werden.

Kontraproduktiv für dieses Ziel ist aus Sicht der IPPNW, wenn der deutsche Außenminister über das baldige Ende des Regimes Assad spekuliert und der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im Bündnis Stimmung für ein militärisches Eingreifen in Syrien macht. Die breite mediale Thematisierung des angeblichen Giftgaspotentials des Assad-Regimes wirkt aus Sicht der Friedensbewegung wie die Vorbereitung auf die „Smoking Gun“ zur Rechtfertigung eines militärischen Eingreifens.

„Responsibility to protect“, die Verantwortung die Zivilbevölkerung zu schützen, muss die Verpflichtung bedeuten, auf weitere desaströse Interventionskriege nach dem Muster Irak und Afghanistan zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Jochheim
Vorsitzender der deutschen Sektion der IPPNW